

Andreas Wiedemann

ZUR PROBLEMATIK VON MIGRATION UND INTEGRATION IN DEN GRENZGEBIETEN DER BÖHMISCHEN LÄNDER NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

In den Grenzgebieten der böhmischen Länder wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges immense Bevölkerungsverschiebungen in Gang gesetzt. Zwei grundsätzlich verschiedene, aber in diesem Fall einander gegenseitig bedingende Migrationsarten bildeten ihre Grundlage: Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung und die zum größten Teil parallel ablaufende Wiederbesiedlung mit Tschechen, Slowaken und weiteren Zuwanderern.¹ Beide Migrationen führten vielerorts zur Auflösung der traditionellen Bevölkerungs- und Gesellschaftsstrukturen.

Zur Problematik des Integrationsbegriffs

Die Regierung und die zentralen sowie regionalen Behörden standen nach dem Krieg einerseits vor der Aufgabe, die Migrationen zu organisieren und zu steuern, andererseits die neu entstehenden Strukturen in den Grenzgebieten zu stabilisieren sowie die verschiedenen Siedlergruppen zu integrieren. Allerdings ist zu diskutieren, ob „Integration“ ein adäquater Begriff ist, um die Prozesse in den Grenzgebieten in den ersten Nachkriegsmonaten und -jahren zu beschreiben. Marita Krauss argumentiert, dass die Verwendung des Integrationsbegriffs in Bezug auf das Verhältnis von Einheimischen und Vertriebenen in Westdeutschland bzw. in der Bundesrepublik insofern problematisch ist, da es zu fragen gelte, ob es in der unmittelbaren Nachkriegszeit überhaupt eine relativ homogene Gesellschaft gegeben habe, in die sich die Vertriebenen hätten integrieren können.² Für die Grenzgebiete der böhmischen Länder stellt sich diese Frage noch viel drängender: Hier bildeten die Neusiedler nach dem Abschluss der organisierten Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung zusammen mit den Tschechen und Slowaken aus dem Ausland, die nach dem Ende des Krieges in die Tschechoslowakei übersiedelt waren, nämlich vielerorts

¹ Siehe dazu allgemein Čapka, František/Slezák, Lubomír/Vaculík, Jaroslav: Nové osídlení pohraničí českých zemí po druhé světové válce [Die Neubesiedlung des Grenzgebietes der böhmischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg]. Brno 2005. — Wiedemann, Andreas: „Komm mit uns das Grenzland aufbauen!“ Ansiedlung und neue Strukturen in den ehemaligen Sudetengebieten 1945-1952. Essen 2007 (Veröffentlichungen der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Historikerkommission 15; Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 29).

² Krauss, Marita: Das „Wir“ und das „Ich“. Ausgrenzung, Abgrenzung, Identitätsstiftung bei Einheimischen und Flüchtlingen nach 1945. In: Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz, Michael (Hgg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000, 27-39, hier 27.

die Bevölkerungsmehrheit. Dabei gab es beträchtliche regionale Unterschiede, im Durchschnitt waren aber rund 61 Prozent der am 22. Mai 1947 in den Grenzgebieten lebenden Bevölkerung nach Kriegsende zugewandert.³ In einigen Bezirken, vor allem in Westböhmen, wo der deutsche Bevölkerungsanteil vor 1945 besonders hoch gewesen war, erreichten die Neusiedler noch höhere Anteile. Die traditionelle Bevölkerungsstruktur hatte sich im Zuge von Vertreibung und Wiederbesiedlung vielerorts fast vollständig aufgelöst.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wer in einer nahezu atomisierten Gesellschaft wen integrieren sollte und konnte. Wird Integration als einseitiger Prozess verstanden, in dem eine Mehrheit eine oder mehrere Minderheiten integriert und sich somit die Mehrheitsgruppe nicht einem Veränderungs- bzw. Anpassungsdruck ausgesetzt sieht, wird es problematisch, den Integrationsbegriff auf die Situation im Untersuchungsgebiet anzuwenden. Denn die Zwangsmigration der Bewohner deutscher Nationalität bedeutete, dass die vormalige Bevölkerungsmehrheit die Grenzgebiete hatte verlassen müssen.

Für die tschechischen Neusiedler bedeutete Integration nicht etwa einen Vorgang der Assimilierung bzw. Angleichung an die Alteingesessenen oder an bereits bestehende Strukturen, sondern lässt sich eher als Einleben in einer neuen Umgebung bzw. als Stabilisierung der Verhältnisse bezeichnen. Die tschechischen Alteingesessenen mussten sich ebenfalls „integrieren“, und zwar in eine neue, veränderte Gesellschaft. Auch sollte sich sehr bald herausstellen, dass die tschechischen Altsiedler entgegen ihren Erwartungen und Hoffnungen nicht die tonangebende Gruppe bildeten, die etwa die Schlüsselpositionen in Verwaltung und Wirtschaft besetzte. Die Neusiedler ihrerseits waren keine homogene Gruppe, sondern setzten sich aus der zahlenmäßig stärksten Gruppe der tschechischen Zuwanderer aus dem Binnenland, aus Slowaken, Roma, den tschechischen und slowakischen so genannten Remigranten und weiteren Gruppen zusammen.

Für bestimmte Siedlergruppen ergriffen der Staat und die Besiedlungsbehörden gezielte Maßnahmen, um diesen ein „Einleben“ bzw. eine „Eingliederung“ in die Gesellschaft zu erleichtern. In diesem Zusammenhang lässt sich von Integrationsmaßnahmen sprechen. Diese wurden vor allen Dingen in Bezug auf Personengruppen angewendet, denen das „Einleben“ in den tschechoslowakischen Staat generell erleichtert werden sollte. Von Integrationsmaßnahmen kann auch in Bezug auf die deutsche Restbevölkerung ab Ende der 1940er Jahre gesprochen werden.

Wird Integration als ein auf Wechselseitigkeitsbeziehungen basierender soziokultureller Prozess begriffen, lässt sich der Terminus ebenso nur auf einige kleinere Siedlergruppen anwenden, deren Unterscheidungsmerkmale oder spezifische Problemlage sie in den Quellen als erwähnenswert erscheinen lassen. In Sitzungsprotokollen, in Lageberichten und in Verordnungen wird auf bestimmte Bevölkerungsgruppen, den Stand ihrer Integration und die Probleme mit anderen Siedlergruppen gesondert eingegangen. Dies ist z. B. bei den verschiedenen Remigrantengruppen,

³ Populační, ekonomický a národnostní vývoj pohraničních okresů ČSR od roku 1930 do roku 2010 [Bevölkerungsentwicklung, ökonomische und Nationalitätenentwicklung in den Grenzbezirken der ČSR ab 1930 bis 2010]. Praha 1989, 11, Tabelle 7.

den Roma und später bei den Deutschen der Fall. Die größte Neusiedlergruppe, die Tschechen aus dem Binnenland als gesondert wahrnehmbare Gruppe, verschwand hingegen, mit gewissen Einschränkungen, allmählich wieder aus den Akten.

Die „klassische Trias“ der Soziologie zur Integration sozial Außenstehender – Kommerzium (Rechtsgleichheit), Kommensalität (gemeinsamer Alltag) und Konubium (Ehegemeinschaft) – ist ein Modell zur Analyse der Integration von Minderheiten in eine Mehrheitsgesellschaft.⁴ Es ließe sich z. B. zur Untersuchung der Integration tschechischer und slowakischer Remigranten anwenden. Diese bildeten mit einem Anteil von knapp 10 Prozent der Neusiedlergruppen eine Minderheit, die sich von den Siedlern aus dem tschechischen Binnenland durch ihre Herkunft, häufig durch ihre Sprachkenntnisse oder die Konfessionszugehörigkeit, teilweise auch durch äußere Merkmale unterschied. So hat sich denn auch die tschechoslowakische ethnologische Forschung in Bezug auf die Grenzgebiete mehrheitlich mit den verschiedenen Remigrantengruppen und dem Grad ihrer Integration beschäftigt.⁵ Auf die Hauptgruppe der Siedler, die Tschechen aus dem Binnenland, sowie generell auf die Prozesse in den Grenzgebieten lässt sich das genannte Modell zur Untersuchung von Integration nicht anwenden, da es sich um eine „Minderheiten-Konzeption“ handelt, die nicht geeignet ist, den Vorgang der Gesellschaftsbildung unter den Bedingungen einer aufgelösten traditionellen gesellschaftlichen Struktur zu erfassen.

Die Grenzgebiete mussten allerdings im Zuge der Wiederherstellung der Tschechoslowakei nach sechseinhalbjähriger Abtrennung und sozialen wie wirtschaftlichen Veränderungen wieder dem Binnenland angegliedert und angeglichen, also in den Staat (re-)integriert werden. Das galt sowohl für den Bereich der Verwaltung als auch der Wirtschaftsstruktur, die während der Zeit der deutschen Besatzung auf die Bedürfnisse der deutschen Kriegsführung ausgerichtet gewesen war.

Integration stellt sich in unserem Zusammenhang demnach vielmehr als ein Prozess der Stabilisierung neuer Strukturen und Verhältnisse innerhalb der Grenzgebiete dar bzw. als Versuch, die Grenzgebiete wieder mit dem tschechoslowakischen Binnenland zu verbinden und die Unterschiede schrittweise abzubauen.

Heterogene Gesellschaft

Die neue Gesellschaft in den Grenzgebieten der böhmischen Länder setzte sich vor allem aus binnenstaatlichen Neusiedlern, tschechischen Altsiedlern, den nicht vertriebenen Deutschen und den so genannten Remigranten zusammen. Als Remigran-

⁴ Ackermann, Volker: Integration – Begriff, Leitbilder, Probleme. In: Beer, Mathias (Hg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Sigmaringen 1994, 11-26, hier 19.

⁵ Es sei hier auf einen der ersten Konferenzbände zu dieser Thematik verwiesen: Robek, Antonín u. a. (Bearb.): Etnické procesy. Referáty z pracovní konference [Ethnische Prozesse. Referate einer Arbeitskonferenz]. Praha 1978 (Zpravodaj koordinované sítě vědeckých informací pro etnografii a folkloristiku 6). – Vgl. als neuere Studie Heroldová, Iva: Ethnische Prozesse in den böhmischen Grenzgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Lemberg, Hans/Křen, Jan/Kovač, Dušan (Hgg.): Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche in ihren Staaten 1948-1989. Essen 1998, 95-109 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 10).

ten werden die AuslandsTschechen und -Slowaken bezeichnet, deren Vorfahren aus den böhmischen Ländern bzw. der Slowakei emigriert waren und die nach Ende des Zweiten Weltkrieges in die Tschechoslowakei übersiedelten. Sie betraten für gewöhnlich zum ersten Mal in ihrem Leben das Gebiet der Tschechoslowakei.⁶

Die Übersiedlung der tschechischen und slowakischen Remigranten erfolgte in einigen Fällen auf der Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen. Dies galt z. B. für die Tschechen aus Wolhynien sowie die Tschechen und Slowaken aus Rumänien. Zahlreiche Remigranten kamen aber auch auf individuellen Wegen in die Tschechoslowakei.⁷ Insgesamt waren bis Anfang 1950 über 200 000 Remigranten in die Tschechoslowakei übergesiedelt. Die größte Gruppe bildeten mit 71 787 Personen Slowaken aus Ungarn, die sich mehrheitlich in der Slowakei niederließen. 38 859 Tschechen kamen aus Wolhynien, 21 117 tschechische und slowakische Remigranten aus Rumänien, 12 915 aus Frankreich, 11 117 aus Österreich, 10 341 aus Polen, 5 197 aus Jugoslawien, 4 059 aus Deutschland sowie einige Tausend aus weiteren Staaten.⁸ In den Grenzgebieten ließen sich etwa 100 000 Remigranten nieder.

Insgesamt kamen bis zum Ende der 1940er Jahre mindestens 1,7 Millionen neue Siedler in die Grenzgebiete. Im Jahr 1950 waren dort knapp 94 Prozent der Bevölkerung Tschechen bzw. Slowaken und nur noch 4,9 Prozent deutscher Nationalität.⁹ Die Nationalitätenstruktur hatte sich also radikal verändert: 1930 waren noch knapp 80 Prozent der dortigen Bevölkerung deutscher Nationalität gewesen.

Die Bevölkerung in den Grenzgebieten war nach Abschluss der Hauptmigrationsphasen bezogen auf die Herkunftsgebiete vielerorts sehr bunt zusammengesetzt. Im nordmährischen Bezirk Šumperk siedelten z. B. Remigranten aus neun verschiedenen Staaten, zuzüglich alteingesessener Tschechen, binnenstaatlicher Neusiedler und nicht ausgesiedelter Deutscher.¹⁰ Mitte 1947 lebten in den Grenzgebieten noch 150 000 bis 160 000 Personen, die von den Behörden als Deutsche betrachtet wurden.¹¹ Das Innenministerium gab die Zahl der Bewohner deutscher Nationali-

⁶ Zur Remigration siehe insbesondere: *Vaculík, Jaroslav: Reemigrace zahraničních Čechů a Slováků v letech 1945-1950* [Die Remigration der AuslandsTschechen und Slowaken 1945-1950]. Brno 1993 (Spisy pedagogické fakulty Masarykovy univerzity v Brně 48). — *Ders.: Die Remigration in die Tschechoslowakei 1945-1948*. In: *Heumos, Peter* (Hg.): *Heimat und Exil. Emigration und Rückwanderung, Vertreibung und Integration in der Geschichte der Tschechoslowakei*. München 2001, 99-109 (BWT 21).

⁷ Auszug aus dem Bericht des Ministeriums für soziale Fürsorge über den gegenwärtigen Stand der Remigration, Ende 1949. In: *Nosková, Helena / Váňková, Jana: Reemigrace Čechů a Slováků z Jugoslávie, Rumunska a Bulharska (1945-1954)* [Die Remigration der Tschechen und Slowaken aus Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien (1945-1954)]. Praha 2000, Dokument Nr. 133, 260-263.

⁸ Abschlussbericht des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge über die Durchführung der Massenremigration der Tschechen und Slowaken aus dem Ausland vom 28.2.1950, Národní Archiv [Nationalarchiv, NA], fond Ministerstvo práce a sociální péče [Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, MPSP], k. 336, inv. 735, sign. 2502.

⁹ *Populační, ekonomický a národnostní vývoj* 18 (vgl. Anm. 3).

¹⁰ *Vaculík: Die Remigration in die Tschechoslowakei* 105 f. (vgl. Anm. 6).

¹¹ Der Vorsitzende des Prager Besiedlungsamtes, Miroslav Kreysa, sprach von 149 000 Deutschen. Vgl. *Kreysa, Miroslav: České pohraničí* [Das tschechische Grenzgebiet]. Praha 1947, 24. — *Staněk, Tomáš: Německá menšina v českých zemích 1948-1989* [Die deutsche Minderheit in den böhmischen Ländern 1948-1989]. Praha 1993, 24.

tät in der gesamten Tschechoslowakei zum 15. Februar 1949 mit 183 185 Personen an.¹²

Im Mai 1947 lebten in den Grenzgebieten 115 000 Personen, die am 1. Mai 1945 ihren Wohnsitz noch in der Slowakei gehabt hatten. Zuwanderer aus der Slowakei bildeten etwa einen Anteil von 9 Prozent der Neusiedler und rund 6 Prozent der Bevölkerung in den Grenzgebieten. Bis 1950 wuchs die Zahl der Slowaken in den Grenzgebieten auf etwa 150 000 Personen.¹³ Die Mehrheit von ihnen ließ sich in Nordwestböhmen nieder, ein ebenfalls großer Teil in Westböhmen. Dort erreichten die Slowaken den größten Anteil an der Gesamtzahl der Zuwanderer.

Wie immens die durch die Nachkriegsmigrationen ausgelösten Veränderungen waren, verdeutlichen auch die folgenden Zahlen: Im Vergleich mit dem Jahr 1930 hatten die Grenzgebiete 1950 rund 34 Prozent ihrer Bevölkerung verloren. Die Abnahme war regional unterschiedlich. Den größten Bevölkerungsrückgang verzeichneten die westböhmisches Bezirke mit über 50 Prozent zwischen 1930 und 1950; in Nordwestböhmen betrug er minus 34,1 Prozent, in Nord- und Nordostböhmen minus 30,8 Prozent, in Nordmähren und Schlesien minus 26,8 Prozent, in Südmähren minus 25,6 Prozent, in Südböhmen minus 37,8 Prozent.¹⁴ Der Neusiedleranteil war ebenfalls unterschiedlich hoch und hing von der Anzahl der vertriebenen Deutschen sowie von weiteren Faktoren ab, wie z. B. von der regionalen und lokalen Wirtschaftsstruktur sowie der Nähe zur Grenze. Im Durchschnitt stellten im Mai 1947 die Neusiedler knapp zwei Drittel der Bevölkerung in den Grenzgebieten.¹⁵ In einigen Bezirken lag ihr Anteil noch deutlich höher.

Besitzteilungen als Stabilisierungs- und Integrationsmaßnahme

Der größte Anreiz für die Neusiedler, in die Grenzgebiete zu gehen, bestand in der Aussicht, durch Land- und andere Besitzteilungen ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern.¹⁶ Tschechen, die bisher im Binnenland als landwirtschaftliche Hilfsarbeiter ohne eigenes Land gearbeitet hatten, eröffnete sich nun die Möglichkeit, einen eigenen Bauernhof zu führen. Ebenso lockte die Aussicht, als Nationalverwalter einen Betrieb zu übernehmen, mit der Hoffnung, diesen später als Eigentum übertragen zu bekommen.¹⁷

¹² Information für den Innenminister über die Fragen im Zusammenhang mit der Beendigung des „Transfers“ (odsun) der Deutschen aus der Tschechoslowakei, NA, fond ministerstvo vnitra – Noskuv archiv [Innenministerium – Noseks Archiv, MV-N], k. 64, č. j. 867, 1.

¹³ Populační, ekonomický a národnostní vývoj 8, 18 (vgl. Anm. 3).

¹⁴ *Ebenda* 23.

¹⁵ *Ebenda* Tabelle 7 und 8, 11.

¹⁶ Zu den Motiven und Hoffnungen der Neusiedler vgl. Wiedemann, Andreas: Hoffnungen der Neusiedler, Erwartungen des Staates in den ehemaligen Sudetengebieten 1945–1950. In: Anděl, Michal/Brandes, Detlef/Pešek, Jiří (Hgg.): Hoffnung in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik in Tschechien und Deutschland. Essen 2009, 67–84 (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 32).

¹⁷ Der gesamte bewegliche und unbewegliche Besitz der Deutschen, Magyaren und Kollaborateure wurde durch das Dekret Nr. 5/1945 Sb. vom 19. 5. 1945 unter nationale Verwaltung gestellt. Die in Handwerks- und Gewerbebetrieben sowie in kleinen und mittleren In-

Für den landwirtschaftlichen Boden und die darauf befindlichen Gebäude mussten die Siedler Übernahmepreise bezahlen, die allerdings sehr niedrig angesetzt waren und den Wert zweier durchschnittlicher Jahresernten nicht überschreiten sollten.¹⁸ Die zu entrichtenden Preise sowie die zur Ausstattung der Höfe gewährten Kredite konnten in langjährigen Raten gezahlt werden.

Außerhalb der Landwirtschaft lockten mögliche Zuteilungen von Handwerks- und Gewerbebetrieben, Wohnhäusern, Fahrzeugen sowie beweglichem Inventar zahlreiche Neusiedler in die Grenzgebiete. Seit dem Spätsommer 1945 waren vereinzelt konfiszierte kleinere Gegenstände wie Kleidung und Schuhe verkauft worden. Im Frühjahr 1946 begann deren organisierte Zuteilung.¹⁹ Dabei wurden einerseits Zehntausende Depots und Lagerhallen geleert. Andererseits kauften die Neusiedler die Einrichtungen in den Wohnungen, in denen sie bereits lebten.²⁰ Für Möbel wurden die Preise des Jahres 1938 zugrunde gelegt. Bei der Zuteilung von Möbeln im Binnenland und über den Grundbedarf hinaus wurden die durchschnittlich dreifachen Preise des Jahres 1947 berechnet. Wohnhäuser wurden in den Grenzgebieten für ein Fünftel der Inlandspreise veräußert.²¹

Für sozial bedürftige Neusiedler und solche mit Vorzugsrechten, wie z. B. Remigranten, konnten bestimmte Preisnachlässe gewährt werden. Besondere Konditionen erhielten ferner Angehörige der Auslandsarmee, Widerstandskämpfer, ehemalige politische Gefangene. Offiziell genossen die genannten Gruppen auch Vorrang bei der Ansiedlung. In der Realität wurden diese Privilegien aber oft nicht gewährt, da die Angehörigen der Auslandsarmee, vor allem aber die Remigranten, erst später in den Ansiedlungsgebieten eintrafen. Die „besten Plätze“ hatten bereits im Verlauf des Jahres 1945 die Neusiedler aus dem tschechischen Binnenland besetzt.

Um zu verhindern, dass Bewohner aus dem Binnenland in die Grenzbezirke fuhren, um dort preiswerte Möbel zu kaufen, mussten sich die Käufer verpflichten, im Falle eines Wegzugs aus den Grenzgebieten beim „Fonds der nationalen Erneuerung“ (Fond národní obnovy), der für die Verwaltung des konfiszierten nicht-landwirtschaftlichen und nicht direkt verstaatlichten Besitzes zuständig war, die Diffe-

dustriebetrieben eingesetzten Nationalverwalter konnten diese nach erfolgter Überprüfung als Eigentum übertragen bekommen. Dekret Nr. 5 ist abgedruckt in: *Jech, Karel* (Hg.): *Němci a Maďaři v dekretch prezidenta republiky. Studie a dokumenty 1940-1945* [Die Deutschen und Magyaren in den Dekreten des Präsidenten der Republik. Studien und Dokumente 1940-1945]. Praha 2003, Dokument Nr. 3, 427-435.

¹⁸ Vgl. zur Debatte über die Festlegung der niedrigen Übernahmepreise den Auszug aus dem Protokoll der Regierungssitzung vom 4.6.1945. In: *Ebenda* Dokument Nr. 5.2, 484-487, sowie die Dokument Nr. 5.3-5.6.

¹⁹ *Radvanovský, Zdeněk*: Integrationsprobleme bei der Wiederbesiedlung der deutschen Siedlungsgebiete in den böhmischen Ländern nach 1945. In: *Heumos* (Hg.): *Heimat und Exil* 143-161, hier 155 (vgl. Anm. 6).

²⁰ Tätigkeitsbericht des Besiedlungsamtes vom 17.6.1948, NA, Archiv ústředního výboru KSČ [Archiv des Zentralkomitees der KSČ, AÚV-KSČ], fond 23, a.j. 293, 7, Bl. 104.

²¹ Bericht des Besiedlungsamtes und des Fonds der Nationalen Erneuerung über die Ergebnisse der Besiedlung vom 31.3.1951, NA, AÚV-KSČ, fond 100/1, sv. 180, 39. – Protokoll der erweiterten Besiedlungskommission der KSČ vom 22.11.1946, NA, AÚV-KSČ, fond 100/1, sv. 180, a.j. 1122, 4, Bl. 23.

renz zwischen den Vorzugspreisen für die Grenzgebiete und den Normalpreisen im Binnenland zu entrichten. Diese Einschränkung wurde aber 1949 wieder aufgehoben, da man die Besiedlung als weitgehend abgeschlossen ansah und sich das „tschechische Leben im Grenzgebiet“ allmählich stabilisiert hatte. In den unterbesiedelten Gemeinden konnte diese Regelung aber weiterhin gelten.²²

Die unmittelbar nach der Errichtung des kommunistischen Machtmonopols im Februar 1948 einsetzenden politischen Säuberungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens hatten auch Auswirkungen auf die Zuteilung konfiszierter Güter. Das „Besiedlungsamt“ (Osídlovací úřad, OÚ) forderte die Nationalausschüsse am 24. März 1948 auf, im Zuge der Säuberungen auch dafür zu sorgen, dass konfiszierter Besitz nicht in die Hände „unwürdiger und politisch unzuverlässiger Personen“ gerate.²³ Dass das kommunistisch geführte Besiedlungsamt sich von dem gesamten Zuteilungsverfahren einen stabilisierenden Effekt in den Grenzgebieten erhoffte, geht aus seinem Tätigkeitsbericht vom 1. Juni 1948 hervor. Zufrieden stellte man im Besiedlungsamt fest, durch die Verkaufsaktionen und die niedrigen Übernahmepreise sei das Vertrauen in die Volksdemokratie und vor allem in die Besiedlungspolitik gewachsen.²⁴

Die Zuteilung von Gewerbebetrieben begann erst 1948. Aber nicht alle Betriebe, die 1947 noch der Nationalverwaltung unterstanden hatten, wurden nach dem Februar 1948 privatisiert. Einen Teil von ihnen übergab die kommunistische Regierung staatlichen Institutionen und Genossenschaften. Letzten Endes wurden von den 34516 in den Rahmenplänen zur Zuteilung vorgesehenen kleineren und mittleren Gewerbebetrieben bis 1950 lediglich 16171 privatisiert.²⁵ Auch ein Teil des mobilen konfiszierten Besitzes von Deutschen, Magyaren und „Kollaborateuren“ wurde nicht nur an Privatpersonen verteilt, sondern auch an Bezirke, Gemeinden und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie an die Ende 1945 gegründeten Staatsbetriebe. Der „Fonds der Nationalen Erneuerung“ wies in seinem Abschlussbericht darauf hin, dass gerade diese Art der Umverteilung zugunsten des sozialistischen Sektors die soziale Revolution in den Grenzgebieten befördert hätte. Dadurch, dass ein großer Teil des konfiszierten Besitzes nicht in private Hände übergeben, sondern Staatsbetrieben, Genossenschaften und staatlichen Institutionen überantwortet worden war, sei das Grenzland den anderen Teilen der Republik weit vorausgeeilt.²⁶

²² Bericht des Besiedlungsamtes und des Fonds der nationalen Erneuerung über die Ergebnisse der Besiedlung vom 31.3.1951, NA, AÚV-KSČ, fond 100/1, sv. 180, 41.

²³ Schreiben des Besiedlungsamtes und des Fonds der nationalen Erneuerung an alle Bezirksnationalausschüsse in den böhmischen Ländern vom 24.3.1948, NA, fond Ústřední akční výbor národní fronty [Zentraler Aktionsausschuss der Nationalen Front, ÚAV-NF], k. 96, Mappe 2.

²⁴ Tätigkeitsbericht des Besiedlungsamtes vom 17.6.1948, NA, AÚV-KSČ, fond 23, a. j. 293, 7, Bl. 104.

²⁵ Bericht des Besiedlungsamtes und des Fonds der nationalen Erneuerung über die Ergebnisse der Besiedlung vom 13.3.1951, NA, ÚV-KSČ, fond 100/1, sv. 180, 22 f.

²⁶ Bericht über die wirtschaftlichen Ergebnisse des Fonds der nationalen Erneuerung in Prag, NA, AÚV-KSČ, fond 100/1, sv. 180, a. j. 1125, 13, Bl. 26.

Neben den Besitzanteilen konnten die Siedler verschiedene Arten finanzieller Unterstützung beantragen. Für Zuwanderer aus dem Binnenland war dies in erster Linie die Gewährung langjähriger Ratenzahlungen für den übernommenen Besitz, dazu kamen Kredite zur Ausstattung der Bauernhöfe und Betriebe. Finanzielle Unterstützung sollten auch die Remigranten erhalten, von denen viele mehr oder weniger mit leeren Händen in die Tschechoslowakei gekommen waren. Ihnen wurden soziale Hilfeleistungen sowie Sozialdarlehen zur Anschaffung der nötigsten Dinge gewährt.²⁷ Für die bedürftigsten Remigranten organisierte das „Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge“ (Ministerstvo práce a sociální péče, MPSP) Kleidersammlungen. Diese sollten in erster Linie Übersiedlern aus Rumänien zugute kommen, die bei ihrer Ankunft teilweise so notdürftig bekleidet gewesen waren, dass sie nicht einmal Schuhe trugen.²⁸

Arbeitskräftemangel und Umstrukturierungen

Ein besonderes Problem im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der Wirtschaftsproduktion in den Grenzgebieten bereitete der immer deutlicher spürbare Arbeitskräftemangel, zu dem es im Zuge der organisierten Aussiedlung der Deutschen im Jahr 1946 kam. Die Bezirksämter für Arbeitsschutz führten die Anwerbung neuer Arbeitskräfte für die Grenzgebiete seit 1946 organisiert durch. Um weitere Anreize für Arbeiter zu schaffen, beschloss das Parlament am 20. Dezember 1946 einen Ansiedlungszuschuss für Beschäftigte bestimmter Kategorien zu gewähren. Der ab Dezember 1946 ausgezahlte Ansiedlungszuschuss für Arbeiter und Angestellte, die in die Grenzgebiete kamen, erhöhte kurzfristig die Zahlen von Zuwanderern in den Betrieben der Grenzbezirke.²⁹ Doch schon ab Mitte Mai wurde es für die Betriebe wieder schwieriger Arbeiter zu finden, da die Abwanderung aus den Grenzgebieten allmählich die Zuwanderung übertraf.

Obwohl die Arbeitsbehörden versuchten, die starke Fluktuation in den Betrieben der Grenzgebiete durch verschiedene Maßnahmen und Verordnungen einzudämmen, bot der ständige Wechsel in den Berichten der Bezirksämter für Arbeitsschutz Anlass zu regelmäßigen Klagen. Hierbei machte sich auch bemerkbar, aus welchen Gebieten die Siedler jeweils kamen: Viele slowakische Arbeitskräfte verließen ihre Betriebe im tschechischen Landesteil, sobald die landwirtschaftlichen Saisonarbeiten in der Slowakei begannen.³⁰ Zahlreiche Arbeiter bzw. ihre Familien besaßen in der

²⁷ Abschlussbericht des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge über die Durchführung der Massenremigration der Tschechen und Slowaken aus dem Ausland vom 28.2.1950, NA, MPSP, k. 336, inv. 735, sign. 2502.

²⁸ Amtsvermerk der VII. Abteilung des Einheitsverbandes der tschechischen Landwirte über den Stand der landwirtschaftlichen Remigration in Südböhmen vom 15.12.1947, NA, fond Jednotný svaz českých zemědělců [Einheitsverband der tschechischen Landwirte, JSČZ], k. 17, inv. 172.

²⁹ Bericht des Landesamtes für Arbeitsschutz in Brünn für April 1947, NA, fond Zemský úřad ochrany práce v Praze [Landesamt für Arbeitsschutz in Prag, ZÚOP], k. 22, k. č. 3148, 6.

³⁰ Siehe z.B. den Bericht über eine Reise von Abgeordneten der KSČ in die Grenzbezirke Liberec (Reichenberg), Ústí nad Labem (Aussig), Karlovy Vary (Karlsbad) vom 1.9.1946, NA, AUV-KSČ, f. 23, inv. 302, 2, bl. 174.

Slowakei ein Stück Land und übten industrielle Lohnarbeit nur für einen bestimmten Zeitraum aus. Das mährische Landesamt für Arbeitsschutz in Brno (Brünn) meldete z. B. für August 1947 einen Anstieg der Zuwanderung von Arbeitskräften aus der Slowakei und gab als Grund dafür an, dass die dortigen Landarbeiten beendet seien.³¹ Diese saisonale Arbeitsmigration knüpfte an entsprechende Gewohnheiten in der Ersten Republik an.³²

Fluktuation und Abwanderungen waren in einigen Gebieten aber auch politischen Entscheidungen geschuldet, die desintegrativ wirkten. Da sich frühzeitig abzeichnete, dass die ausgesiedelten deutschen Arbeitskräfte nicht vollständig ersetzt werden könnten, und daher in Zukunft deutlich weniger Menschen in den Grenzgebieten leben würden, beschloss die Regierung, Industriebetriebe zu schließen bzw. zu verlegen, und die Anzahl der Gewerbebetriebe insgesamt zu reduzieren. Die Vertreibung der Deutschen sollte zu Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur und zur Konzentration des industriellen und gewerblichen Potenzials genutzt werden.³³ Für kleine Gewerbe- und Handwerksbetriebe, für Geschäfte sowie das Gaststätten- und Transportgewerbe wurden Richtzahlen festgelegt, die bestimmten, auf wie viele Einwohner ein entsprechender Betrieb fallen sollte.³⁴ Einige Industriebetriebe sollten in die Slowakei oder in strukturschwache binnenländische Bezirke verlegt werden, um dort Industrialisierungshilfe zu leisten. Die Industriebetriebe wurden in drei Kategorien eingeteilt: Betriebe in der Gruppe A sollten unbedingt weiterproduzieren, Betriebe der Kategorie B durften den Betrieb vorläufig aufrechterhalten. Mit C wurden Betriebe klassifiziert, die stillgelegt bzw. verlegt werden sollten. Der Entscheidungsprozess, welche Betriebe geschlossen werden sollten, zog sich oft monatelang, teilweise jahrelang hin, was damit zusammenhing, dass sich die Lage und die Bedingungen für viele Betriebe im Besiedlungsverlauf ständig veränderten. Manche Betriebe, die in den ersten Nachkriegsmonaten wegen des Mangels an Arbeitskräften kaum Aussichten auf eine Aufrechterhaltung der Produktion hatten, konnten im Laufe des weiteren Besiedlungsprozesses ihre Belegschaften stabilisieren, bei anderen wiederum war die Entwicklung genau gegenläufig. So kam es häufig vor, dass Betriebsleitungen beim Industrieministerium beantragten, ihre ursprünglich mit C

³¹ Bericht des Landesamtes für Arbeitsschutz in Brünn für den Monat August 1946, NA, ZÚOP, k. 22, k. č. 3148.

³² Prokop, Radim: Migrace ve vývoji slovenské populace v České republice (se zvláštním zřetelem ke stěhování mezi Slovenskem a českými zeměmi) 1945-1959 [Die Migration in der Entwicklung der slowakischen Bevölkerung in der Tschechischen Republik (mit besonderer Berücksichtigung der Bevölkerungswanderungen zwischen der Slowakei und den böhmischen Ländern) 1945-1959]. In: Ders./Šrajerová, Olga/Sommer, Karel/Gimeš, Emil (Hgg.): Slováci v České republice po roce 1945 [Die Slowaken in der Tschechischen Republik nach 1945]. Opava 1998, 56-95, hier 57 f.

³³ Schreiben des Industrieministeriums an das Planungsamt, alle Ministerien und das Besiedlungsamt vom 26. 10. 1945, NA, MPSP, k. 49, sign. 1159.

³⁴ Tabelle mit Richtzahlen für das Handwerk, den Kleinhandel und die Gaststätten, Všeodborový archiv [Gesamtgewerkschaftsarchiv, VOA], fond Ústřední rada odborů – Národohospodářská komise [Zentralrat der Gewerkschaften – Volkswirtschaftliche Kommission, ÚRO-NHK], k. 41, inv. 126 e. – Bericht über die wirtschaftlichen Ergebnisse des Fonds der Nationalen Erneuerung, NA, AÚV-KSČ, fond 100/1, sv. 180, aj. 1125, 2.

klassifizierten Betriebe in eine höhere Kategorie einzustufen, um eine Schließung oder Verlegung abzuwenden. Diese gesamten Umstrukturierungsmaßnahmen trugen nicht zur Stabilisierung der Lage in den Grenzgebieten bei, da sie die Belegschaften verunsicherten und zur Abwanderung führten. Nicht selten stießen die Stilllegungen und Verlagerungen auf breiten Widerstand bei den Angestellten, Betriebsleitungen und Nationalverwaltern, die befürchteten, ihren Arbeitsplatz, ihre Posten und Kunden zu verlieren, sowie auf den Protest der Nationalausschüsse, die sich um die Attraktivität und Lebensqualität ihrer Gemeinden Sorgen machten.³⁵ Der Kampf um die Erhaltung von Betriebsstandorten verzögerte die Durchführung der geplanten Maßnahmen zum Ärger des Besiedlungsamtes erheblich.³⁶ Insgesamt wurden in den Grenzgebieten nach Angaben des Besiedlungsamtes bis 1950 insgesamt 8218 Industriebetriebe stillgelegt sowie rund 70000 Gewerbetriebe aufgelöst.³⁷

Propaganda und Identitätsstiftung

Die Eingliederung der Grenzgebiete in den tschechoslowakischen Gesamtstaat erfolgte unter günstigeren Voraussetzungen als die Eingliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete in Polen. Im Vergleich zu Polen entfiel die Notwendigkeit, die räumliche Zugehörigkeit der Grenzgebiete durch Propaganda mit historischen Argumenten zu legitimieren, da die Tschechoslowakei in ihren Vorkriegsgrenzen (mit Ausnahme der Abtretung der Karpato-Ukraine an die UdSSR) wiederhergestellt wurde. Wichtig war aber eine historische Legitimierung der Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung.

Ähnlich wie in Polen, wo man im „Westgedanken“ die piastische Tradition hervorhob,³⁸ instrumentalisierte die Propaganda für die Besiedlung der Grenzgebiete die böhmische Geschichte und insbesondere die Zeit der Přemysliden. Die Deutschen wurden in der Propaganda zu Kolonisten stilisiert, die die tschechische Bevölkerung ausgebeutet hätten.³⁹ Die Vertreibung wurde als Wiedergutmachung des „historischen Fehlers“ der letzten Přemysliden-Herrscher bezeichnet.

Das Besiedlungsamt erklärte 1946, das Ziel der Besiedlungspolitik sei die Rückgabe aller Gebiete der Tschechoslowakischen Republik an das „ursprüngliche sla-

³⁵ Vgl. z. B. die Korrespondenz der Volkswirtschaftlichen Kommission mit den Betriebsratsräten, die eine Fülle von Beschwerden aus verschiedenen Bezirken über die Klassifizierung von Betrieben enthalten. VOA, fond ÚRO-NHK, k. 66, inv. 183e. – *Barnovský, Michal*: Premiestovanie priemyslu z českého pohraničia na Slovensko v rokoch 1945-1948 [Die Verlegung der Industrie aus dem böhmischen Grenzgebiet in die Slowakei 1945-1948]. In: *Dudek, František / Jeleček, Leoš* (Hgg.): *Hospodářské dějiny* [Wirtschaftsgeschichte]. Bd. 6. Praha 1980, 101-145.

³⁶ Vgl. *Kreysa*: *České pohraničí* 14 (vgl. Anm. 11).

³⁷ Bericht des Besiedlungsamtes und Fonds der Nationalen Erneuerung über die Ergebnisse der Besiedlung vom 13.3.1951, NA, AÚV-KSC, fond 100/1, sv. 180, a. j. 1125, 8, 21 f.

³⁸ Vgl. *Hackmann, Jörg*: Strukturen und Institutionen der polnischen Westforschung (1918-1960). In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 50 (2001) H. 2, 230-255.

³⁹ Siehe z. B. den Leitartikel in einer von den Kommunisten herausgegebenen Zeitung: *České pohraničí v českých rukou* [Das tschechische Grenzgebiet in tschechischen Händen]. In: *Nedělní noviny našeho pohraničí* [Sonntagsnachrichten unseres Grenzgebiets] Nr. 12 vom 24.3.1946, 1.

wische Element“⁴⁰ und die Schaffung eines Nationalstaates der Tschechen und Slowaken ohne Minderheiten.⁴¹ Die „Rückgabe des tschechischen Bodens an das tschechische Volk“ galt als „endgültige Wiedergutmachung“ dessen, was nach der Schlacht am Weißen Berg von 1620 geschehen war.⁴²

Ansätze zur Schaffung einer Art Grenzlandidentität, die alle Bevölkerungsgruppen in den Grenzgebieten umfassen konnte, bot die Anknüpfung an die Tradition der „hraničáři“ (Grenzler) aus der Ersten Republik. Die Mentalität, Vorposten bzw. Pionier im „eingedeutschten Grenzgebiet“ zu sein, sollte nach dem Krieg unter völlig veränderten Bedingungen erneuert werden. Klement Gottwald griff diese Grenzlertradition auf, als er am 17. März 1946 in einer Rede an die Siedler im südmährischen Znojmo (Znajm) sagte:

Grenzler, ihr seid die Armee der tschechischen Menschen, die bereits in den ersten Monaten nach der Befreiung aus dem Inland zu den Grenzen marschiert sind, um euch auf der althergebrachten tschechischen Erde niederzulassen, um sie für das tschechische Volk für alle Zeiten zu sichern.⁴³

In der kommunistischen Propaganda gewann die Grenzler-Tradition allmählich eine zusätzliche politische Dimension: Die Menschen an der Grenze sollten nicht allein Vorposten tschechischer Staatlichkeit, sondern auch Pioniere für den Aufbau einer neuen und gerechteren Republik sein.⁴⁴

Der Staat und die Parteien versuchten, die vermeintlichen oder tatsächlichen Gemeinsamkeiten der Siedler hervorzuheben und zu stärken. Besonders die Kommunistische Partei (KSČ) bemühte sich, bei verschiedenen Gelegenheiten den gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus als einendes Band der tschechischen Siedler zu betonen. Der kommunistische Parteisekretär des Parteikreises Ústí nad Labem (Aussig), Květoslav Innemann, rief in der nordböhmischen Parteizeitung „Sever“ (Norden) am 5. Februar 1946 tschechische Alt- und Neusiedler auf, sich in Erinnerung zu rufen, dass alle gemeinsam dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet hätten.⁴⁵

⁴⁰ Schreiben des Besiedlungsamtes an den Innenminister aus dem Jahr 1946, NA, fond Ministerstvo vnitra – nova registratura (Innenministerium – Neue Registratur, MV-NR), k. 2666, sign. B 3559.

⁴¹ *Kreysa*, Miroslav: Osídlovací politika lidově demokratického státu [Die Siedlungspolitik des volksdemokratischen Staates]. In: *Osídlování*, Nr. 1 vom 17. 5. 1946, 1.

⁴² Aufruf des ZK der KSČ vom April 1945 mit dem Titel „Co dělat, čím začít“ [Was tun, womit beginnen]. In: *Rudé Právo*, Nr. 7 vom 13. 5. 1945, 2. – Vgl. *Hrabovec*, Emilia: Vertreibung und Abschied. Deutsche in Mähren 1945-1947. Frankfurt a. M. u. a. 69 (Wiener Osteuropa-Studien 2).

⁴³ Klement Gottwald: Vybudojeme šťastný život v českém pohraničí [Wir werden ein glückliches Leben im tschechischen Grenzgebiet aufbauen]. Aus der Rede des stellvertretenden Regierungsvorsitzenden, des Genossen Klement Gottwald, an unsere Grenzler in Znojmo. Herausgegeben vom Sekretariat des ZK der KSČ, NA, AÚV-KSČ, fond 100/24, sv. 9, a. j. 376, 1.

⁴⁴ Siehe z. B. den Artikel: Hraničáři nezapomínají ... [Grenzler vergessen nicht ...]. In: *Nedělní noviny našeho pohraničí* vom 26. 5. 1946, 4.

⁴⁵ *Zimmermann*, Volker: Die Wahlen müssen schon vorher entschieden werden. Das erste Nachkriegsjahr im Bezirk Ústí nad Labem und der Wahlsieg der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (1945/46). In: *Bohemia* 43 (2002) H. 1, 1-32, hier 17 f.

Der Topos einer Bedrohung von außen fand nach dem Krieg nicht nur im Rückgriff auf das Jahr 1938 Verwendung. Ein potenzielles Bedrohungsszenario wurde auch für die Nachkriegsjahre ausgemacht, um die neue Gesellschaft in den Grenzgebieten zur Wachsamkeit gegenüber möglichen Feinden von außen aufzurufen und zur Abwehr dieser Gefahren zu einen.

In dem Publikationsorgan der Volkspartei „Lidová demokracie“ (Volksdemokratie) wurden die Grenzler der Ersten Republik mit jenen der Nachkriegszeit verglichen. Während sie vor dem Krieg wie ein „weit vorgelagertes Riff im deutschen Meer“ exponiert gewesen seien, sei die Situation nun, da es einen Nationalstaat der Tschechen und Slowaken gebe, eine andere. Die Aufgaben der Grenzler und der Grenzgebiete wurden aber als unverändert bezeichnet: Die „vorderste Wacht“ und den ersten Wall zur Verteidigung des Staates zu bilden.⁴⁶

Zwei Klammern sollten in der Propaganda und den politischen Appellen die Verbindung der verschiedenen Siedlergruppen gewährleisten: der Nationalismus und die Aufgabe der Grenzwehr in den Ansiedlungsgebieten. Im Zusammenhang mit der Verwendung des Begriffes „Grenzwehr“ lassen sich häufig auch panslawistische Elemente finden. Der kommunistische Informationsminister Václav Kopecký betonte, dass die Wacht an der Grenze nicht nur der Verteidigung der tschechoslowakischen Republik gegen die deutsche Gefahr diene, sondern des gesamten Slawentums.⁴⁷ Der Leiter des Prager Besiedlungsamtes Miroslav Kreysa drückte dies im Jahr 1947 folgendermaßen aus:

[...] jeder ehrenwerte Slawe kann sich vor allem über die Tatsache freuen, dass bereits heute die Staatsgrenze Böhmens und Mährens praktisch zur ethnischen Westgrenze des Slawentums gegen das germanische Meer geworden ist.⁴⁸

Das Verhältnis der Siedlergruppen untereinander

Der „Integrationsfaktor“ Panslawismus erwies sich für viele der slawischen Bewohner der Grenzgebiete allerdings weder als glaubwürdig noch als tragfähig. Einige der slawischen Bevölkerungsgruppen der Grenzgebiete galten als national und bzw. oder staatlich unzuverlässig, wurden teilweise sogar Opfer von behördlich durchgeführten Zwangsumsiedlungen oder mussten zumindest mit deren Androhung leben. Als ein Beispiel sei hier die Zwangsumsiedlung der südmährischen Kroaten genannt, die sich in der Zeit der Zugehörigkeit ihrer Dörfer zum „Reichsgau Niederdonau“ nach dem „Münchener Abkommen“ mehrheitlich zur deutschen Nationalität bekannt hatten. Diese knapp 2000 Personen mussten ihre Dörfer verlassen und wurden in mehreren Etappen von Januar 1947 bis 1953 auf 118 Dörfer in Nordmähren verteilt.⁴⁹ Insbesondere aus den Reihen tschechischer Neusiedler

⁴⁶ Lidová demokracie vom 20.8.1946, 1.

⁴⁷ Über die Ausstellungseröffnung: Budujeme osvobozené kraje [Wir bauen die befreiten Gebiete auf]. In: Osídlování, Nr. 5-6 vom 11.8.1946, 101.

⁴⁸ Kreysa: České pohraničí 12 (vgl. Anm. 11).

⁴⁹ Vgl. Arburg, Adrian von: Tak či onak. Nucené přesídlení v komplexním pojetí poválečné sídelní politiky v českých zemích [So oder so. Zwangsumsiedlung als integraler Bestandteil der Nachkriegssiedlungspolitik in den böhmischen Ländern]. In: Soudobé dějiny 10 (2003) H. 3, 253-292, hier 286 f. – Heroldová: Ethnische Prozesse 105 (vgl. Anm. 5).

waren Forderungen nach Umsiedlung der Kroaten laut geworden.⁵⁰ Auch für die Schlonsaken im Teschener Gebiet und die Menschen im Hultschiner Ländchen, die national nicht eindeutig zuzuordnen waren, bedeuteten die ersten Nachkriegsjahre einen Kampf um ihre Integration in den tschechoslowakischen Staat.⁵¹

Die proklamierte gemeinsame Grenzlandidentität konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass von Seiten der Behörden und der Neusiedler einigen tschechischen bzw. slawischen Siedlergruppen – insbesondere den alteingesessenen – Misstrauen entgegengebracht wurde. Sie galten häufig als unsichere Kantonisten und national als wenig verlässlich. Diese Klassifizierung bezog sich in erster Linie auf die tschechischen Altsiedler, die die Grenzgebiete nach der Abtrennung durch das „Münchener Abkommen“ nicht verlassen hatten. Viele von ihnen lebten in gemischt-nationalen Ehen und hatten oftmals eine differenziertere Sichtweise auf die Mitbewohner deutscher Nationalität, als viele der neu Zugewanderten.⁵² Das Verhältnis zwischen alten und neuen Siedlern wurde durch Differenzen über die Behandlung der Deutschen, durch Streitigkeiten um konfiszierten Besitz und die Konkurrenz in der regionalen und lokalen Verwaltung belastet, in der die Neusiedler bald die besten Posten innehatten.⁵³

Die bei Kriegsende entstandenen Nationalausschüsse wurden in den Grenzgebieten ab dem Frühsommer 1945 durch Verwaltungskommissionen ersetzt, deren Mitglieder vom Innenministerium ernannt wurden.⁵⁴ Die Mitglieder der Nationalausschüsse hatten sich zunächst aus ortsansässigen Tschechen, den ersten zurückkehrenden Tschechen und teilweise auch aus Deutschen rekrutiert. Durch die Schaffung der Verwaltungskommissionen wurden viele tschechische Alteingesessene aus den Leitungsfunktionen in der Verwaltung verdrängt, an ihre Stelle traten Neusiedler. In vielen Bezirken und Orten der Grenzgebiete war die Zahl der tschechischen Altsiedler so gering, dass es als logischer Schritt erschien, Verwaltungskommissionen einzurichten und mit tschechischen Neusiedlern zu besetzen. Dieser Schritt wurde damit begründet, dass eine „national und staatlich zuverlässige Bevölkerung“ vor Ort nicht in ausreichender Zahl vorhanden sei. Damit waren aber nicht nur die deutschen Bewohner gemeint, sondern teilweise auch die tschechischen Altsiedler.

⁵⁰ Bericht über den Empfang einer Deputation aus Mikulov (Nikolsburg) beim Verteidigungsminister am 19.12.1946, NA, fond Ministerstvo vnitra – tajně (Innenministerium – geheim, MV-T), k. 3, sign. T 1026.

⁵¹ Siehe dazu *Arburg*, Adrian von: Nationalstaat zum Abgewöhnen: Vilém Plačéks Hlučinsko. In: *Bohemia* 43 (2002) H. 1, 130-141.

⁵² Vgl. *Hrabovec*: Vertreibung und Abschied 136 (vgl. Anm. 42).

⁵³ Vgl. aus der zeitgenössischen Presse *Mráz*, F.: Po skončeném odsunu Němců [Nach dem Ende des Abschieds der Deutschen]. In: *Zpravodaj z pohraničí* [Anzeiger aus dem Grenzland], Nr. 9 vom 15.11.1946, 2. – Vgl. zu den Konflikten unter den verschiedenen Siedlergruppen *Wiedemann*, Andreas: „Wir bauen ein glückliches Leben im tschechischen Grenzgebiet auf“. Symbiose und Konflikte in der neuen Gesellschaft der ehemaligen Sude-tengebiete 1945-1948. In: *Neutatz*, Dietmar / *Zimmermann*, Volker (Hgg.): Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag, Essen 2006, 81-102.

⁵⁴ Richtlinie des Innenministeriums vom 23.5.1945. Úřední list Československé Republiky [Amtsblatt der Tschechoslowakischen Republik] vom 23.5.1945, 25-28.

Das Misstrauen der Neusiedler gegenüber denjenigen Altsiedlern, die deutsche Ehepartner hatten, drückte sich auch in Vorschlägen aus, diese aus dem Grenzgebiet in das Inland umzusiedeln. Solche Ideen gab es aber nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei den Behörden. Neben der vom Prager Innenministerium 1947 geplanten „Zerstreuung“ der Deutschen in binnenländische Bezirke, sollten auch alle tschechischen öffentlichen Angestellten, die deutsche Ehefrauen hatten, in das Landesinnere umgesiedelt werden. Die KSČ war eine der Kräfte, die besonders vehement gegen die tschechischen Ehepartner von Deutschen vorgingen. So empfahl etwa das Kreiskomitee im nordböhmischen Ústí nad Labem im August 1946 allen Genossen, keine Parteimitglieder in die örtlichen Nationalausschüsse zu entsenden, die mit Deutschen verheiratet seien. Als Begründung hieß es: „In der Mehrheit der Fälle sind solche Genossen mit verwandtschaftlichen Beziehungen belastet, auf Grund derer sie verschiedene Verstöße zu Gunsten der Deutschen begangen haben“.⁵⁵ Es gelang aber in den ersten Nachkriegsjahren nicht überall, Kommunisten, die in tschechisch-deutschen Ehen lebten, ihrer Ämter zu entheben, da oft fähiger Ersatz aus „rein tschechischen Familien“ fehlte.⁵⁶

Die propagandistische Verherrlichung der „Grenzler“ der Ersten Republik durch die Politiker erscheint aus diesem Blickwinkel zwiespältig. Einerseits wurden in politischen Reden und auf Festveranstaltungen ihre Verdienste hervorgehoben, andererseits galten sie den verantwortlichen Behörden intern oftmals als unzuverlässig.

Die Remigranten bildeten eine Gruppe, die sich in den Ansiedlungsorten häufig von den anderen Siedlergruppen unterschied. Dabei handelte es sich nicht nur um Unterschiede in der Lebensweise (Kleidung, Essgewohnheiten, Feierlichkeiten, Bräuche u.ä.), der Konfession, den Sprachgewohnheiten und um materielle Ungleichheiten, sondern auch um Faktoren wie den Grad ihrer Bildung (Kenntnis des Lesens und Schreibens) und ihrer Assimilierung in den jeweiligen Herkunftsländern. Von den Behörden als heimkehrende Tschechen und Slowaken begrüßt, wurden sie von der lokalen Bevölkerung häufig gemäß ihrer Herkunftsländer bezeichnet (Deutsche, Rumänen, Polen etc.).⁵⁷

In einigen Bezirken kritisierte die tschechische Bevölkerung in diesem Zusammenhang deshalb auch, dass die Grenzgebiete erneut mit „fremden Elementen“ besiedelt werden sollten. Verschiedene westböhmische Verwaltungskommissionen formulierten ihre Bedenken gegenüber einer Ansiedlung von Remigranten aus Schlesien und anderen Gebieten in einem Memorandum, in dem sie warnten, dass die Zuzügler ihren tschechischen Charakter nicht eindeutig bewahrt hätten. Die Verfasser des Memorandums empfahlen, diese Gruppen nicht im Grenzgebiet, sondern im Binnenland anzusiedeln, wo „die gesamte tschechische Umgebung“ auf sie einwirken könne.⁵⁸

⁵⁵ Schreiben des Kreissekretariats der KSČ in Ústí nad Labem vom 17.8.1946, NA, AÚV-KSČ, fond 100/4, sv. 19, a. j. 137, bl. 8.

⁵⁶ Schreiben des Bezirkssekretariats der KSČ an das Kreiskomitee der KSČ in Ústí nad Labem vom 4.6.1947, NA, AÚV-KSČ, fond 108, k. 17, bl. 68.

⁵⁷ Vgl. *Wiedemann: Symbiose und Konflikte* 100 (vgl. Anm. 53).

⁵⁸ Memorandum der Bezirksverwaltungskommissionen von Aš (Asch), Sokolov (Falknov,

Für viele Remigranten, wie z.B. die Wollhynientschechen, war eine Rückkehr in ihre Herkunftsländer nicht möglich, da sie dort keinen Besitz mehr hatten. Zudem versuchte die tschechoslowakische Regierung, ihre Rückkehr zu verhindern. Neben dem Verlust von wertvollen Arbeitskräften befürchtete sie, unzufriedene Remigranten könnten von der feindlichen Propaganda gegen die kommunistische Tschechoslowakei eingesetzt werden.⁵⁹

Als Militärkreise, das Innenministerium und Sicherheitsorgane seit Herbst 1946 über die Einrichtung einer Grenzzone beratschlagten, in der bestimmte Personengruppen, die als „staatlich und national unzuverlässig“ galten, nicht ansässig werden durften, wurden diese Gruppen folgendermaßen bestimmt: Angehörige gemischt-nationaler Ehen, Ausländer ohne tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, Roma, Magyaren sowie bestimmte Remigrantengruppen (aus Deutschland, Ungarn, Österreich). In diesem Zusammenhang führte das Verteidigungsministerium aus, was es generell von den Bewohnern der Grenzgebiete erwartete:

Die neue Bevölkerung im Grenzgebiet muss daher ein nicht zu verdrängendes Fundament zur neuen unzerstörbaren Verschmelzung der Grenzgebietskreise mit dem Binnenland werden, zur Sicherung des Grenzgebiets selbst und des ganzen Staates. Die verschiedenen Flanken der Festung müssen immer und unter allen Umständen allen erdenklichen Anstürmen, die sich jederzeit gegen die Unteilbarkeit des Staatsgebietes richten können, standhalten [...]. Daher wird es notwendig sein, jene Menschen aus dem Grenzgebiet in das Inland umzuquartieren, die freundschaftliche Beziehungen zu der Bevölkerung der benachbarten Staaten haben.⁶⁰

Die kommunistische Partei war auch die entscheidende Kraft bei der ab Juni 1947 anlaufenden Zwangsumsiedlung von Deutschen aus den Grenzgebieten in das Binnenland. Damit unterstützte sie vor allem die tschechischen Neusiedler, aus deren Reihen solche Forderungen in der Regel stammten.⁶¹ Das endgültige Ziel der Umsiedlungsaktion war nach Angaben des mit dieser Aufgabe betrauten Regierungsbevollmächtigten, Antonín Kučera, „die Assimilierung – die Verschmelzung der Deutschen mit dem slawischen Element.“⁶² In der Folge wurden tatsächlich in zwei Etappen circa 17000 bis 20000 Deutsche aus den Grenzgebieten in das tschechische Binnenland umgesiedelt. Diese Aktion wurde aber gegen Jahresende 1948 wegen des Arbeitskräftemangels in den Grenzgebieten und mangelnder Unterbringungsmöglichkeiten im Binnenland eingestellt.⁶³

Falkenau), Cheb (Eger), Kraslice (Graslitz) und Loket (Elbogen) vom 7.2.1946, NA, fond MPSP, k. 401, sign. 2306.

⁵⁹ Abschlussbericht des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge über die Durchführung der Massenremigration der Tschechen und Slowaken aus dem Ausland vom 28.2.1950, NA, MPSP, k. 336, inv. 735, sign. 2502.

⁶⁰ Schreiben des Verteidigungsministeriums (o.D.), NA, AÚV-KSČ, fond 100/24, sv. 45, a. j. 852, bl. 67.

⁶¹ Bericht über eine Reise von Abgeordneten der KSČ in die Grenzgebiete vom 1.-3.9.1947, NA, AÚV-KSČ, fond 100/1, sv. 49, a. j. 1126, bl. 102.

⁶² Schreiben von Antonín Kučera für den Höchsten Verteidigungsrat über die Verschiebung der Deutschen aus dem Grenzgebiet [o. D.], NA, fond MV-T, k. 2, sign. P-T 1023/8, 10.

⁶³ Staněk, Tomáš: Odsun Němců z Československa 1945-1947 [Die Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945-1947]. Praha 1991, 258ff. — *Ders.*: Německá menšina 77 (vgl. Anm. 11).

Das Bemühen, möglichst viele Arbeitskräfte in die Grenzgebiete zu dirigieren, und der Anspruch, eine „national zuverlässige“ Gesellschaft zu schaffen, gerieten häufig in Widerspruch zueinander. Remigranten aus Ungarn wurden z. B. trotz Vorbehalten des Verteidigungs- und Innenministeriums auf Weidegenossenschaften in Grenznähe und zu Waldarbeiten eingesetzt, weil sich keine anderen Arbeitskräfte für diese Aufgabe finden ließen und das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge bereits zugestimmt hatte.

Generell wurden Maßnahmen wie Zwangsumsiedlungen und das Verbot für bestimmte Siedlergruppen, sich in den Grenzgebieten niederzulassen nicht in der Radikalität umgesetzt, wie sie in einigen Dokumenten gefordert wurde. Ein Grund war wohl einerseits, dass die Behörden die mit weiteren Umsiedlungen verbundenen Probleme auch im rechtlichen und eigentumsrechtlichen Sinne scheuten.⁶⁴

Unter den Remigranten zeigten sich viele nach ihrer Übersiedlung zunächst enttäuscht über die Situation, die sie vorfanden. Im Gegensatz zu den Willkommengesten der Politiker und Parteien brachten die lokalen Organe wie die Nationalausschüsse ihrer besonderen Lage oft wenig Verständnis entgegen.⁶⁵ Auch hatten die offiziellen Aufrufe zur Übersiedlung bei den Remigranten zu hohe Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden konnten.⁶⁶ Im Jahr 1947 verbesserte sich die Lage nach Informationen des „Tschechoslowakischen Auslandsinstituts“ (Československý ústav zahraniční) ein wenig; Beschwerden gab es aber auch noch 1949.⁶⁷ Mit besonderen Problemen hatten Remigranten aus Deutschland, Schlesien und Ungarn zu kämpfen, da viele von ihnen sich in diesen Ländern assimiliert hatten und im Alltag häufig deutsch und ungarisch sprachen.

Soziale und kulturelle Unterschiede im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung traten in den Gebieten am deutlichsten hervor, wo Remigranten eines Herkunftsgebietes kompakt und in größerer Zahl ansässig wurden. Auf dem Land hielten sich diese Unterschiede länger als in den Städten. Teilweise koexistierten die unterschiedlichen Kulturen und Bräuche bis in die 1960er und 1970er Jahre, was sich auch in einem geringen Anteil exogamer Eheschließungen niederschlug. Eine Akkulturation der verschiedenen Siedlergruppen in den Dörfern wurde vielfach auch durch die verstärkte Abwanderung in die Industriestädte zu Beginn der 1950er Jahre verhindert. Dagegen gelang sie in den Fabriken und Industriebetrieben der Städte in der Regel schneller. In den Berichten der Arbeitsbehörden über die Situation in den Fabriken wird nur selten von Konflikten zwischen Remigranten und anderen Mitarbeitern berichtet. Annäherungen zwischen den zwei Gruppen konnten durch

⁶⁴ *Arburg*: Tak či onak 291 (vgl. Anm 49).

⁶⁵ Siehe z. B. die Resolution des Treffens der Remigranten in Prag vom 26.-28.10.1946, NA, ÚV-KSČ, fond 23, inv. 363, bl. 30.

⁶⁶ Auf dieses Problem wies das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge bereits am 14.12.1945 in einem Schreiben an das Regierungspräsidium hin. Archiv ústavu T. G. Masaryka [Archiv des Masaryk-Instituts, AÚTGM], fond Edvard Beneš (EB) III, k. 44, sign. P 44/7.

⁶⁷ Resolution einer Beratung von Remigranten am 13.12.1947. NA, fond Úřad předsednictva vlády – běžná spisovna (Amt des Regierungspräsidiums – laufende Registratur, ÚPV-B), k. 1023, sign. 1361/2, 1. – Internes Schreiben des Ministeriums für Arbeit und Sozialfürsorge vom 28.10.1949, NA, fond MPSP, k. 416, sign. 2347, 1.

gemeinsame Berufstraditionen erfolgen, aber auch durch eine gemeinsame Position am Rande der Gesellschaft. Dies war z. B. in Glasbläsereien in Karlovy Vary (Karlsbad) zwischen Deutschen und Slowaken aus dem rumänischen Erzgebirge der Fall. Als in den 1950er Jahren rumänische Slowaken die ersten exogamen Ehen schlossen, waren ihre Partner häufiger Deutsche als Tschechen.⁶⁸

Abwanderung und Stabilisierung

Ab dem Sommer 1946 setzte in einigen landwirtschaftlichen Grenzregionen allmählich eine Abwanderung von Neubauern ein. Einige gaben in dieser Zeit ihre Besitzdekrete über den zugeteilten landwirtschaftlichen Besitz an den Bodenfonds zurück.⁶⁹ Dafür gab es verschiedene Gründe: Das Wirtschaften auf den neuen Höfen erwies sich für eine große Zahl von Siedlern als schwierige Aufgabe. Viele der vormaligen Landarbeiter kamen nicht damit zurecht, selbstständig einen Hof zu führen. Sie waren mit der Abgabepflicht überfordert, und die Behörden meldeten überdurchschnittlich viele Fälle von Strafverfolgungen in dieser Sache.⁷⁰ Da die Bodenbindung der Neubauern im Vergleich zu den alteingesessenen Landwirten freilich weniger ausgeprägt war, der zugeteilte Boden in der Regel zu klein bzw. zu groß war (die Arbeitskräfte zu dessen Bewirtschaftung fehlten) und die Schulden drückten, wanderten viele der Neubauern auf Arbeitsplätze in der Industrie ab, die in der Regel ein besseres Auskommen boten. Diese Entwicklung ist vergleichbar mit den polnischen Westgebieten, wo insbesondere in Nieder- und Oberschlesien zahlreiche Betriebsaufgaben durch die Neubauern zu verzeichnen waren.⁷¹

Bis Ende 1949 waren gerade einmal 12 Prozent der Ablösesummen beglichen, und lediglich 19 Prozent aller Verbindlichkeiten – Zuteilungspreise, Investitionskredite, Betriebskredite – getilgt.⁷² Die Schulden der Neusiedler führten auch dazu, dass viele

⁶⁸ Heroldová, Iva / Matějová, Vlasta: Novoosídlené pohraničí [Neubesiedeltes Grenzgebiet]. In: *Západočeská vlastivěda. Národopis* [Westböhmisches Heimatkunde. Völkerkunde]. Plzeň 1990, 263-292.

⁶⁹ Siehe dazu die Berichte der Besiedlungskommissionen des Landwirtschaftsministeriums aus verschiedenen Regionen in NA, fond Národní pozemkový fond [Nationaler Bodenfonds, NPF], k. 10, inv. 16.

⁷⁰ Schreiben der Abteilung für Volksverwaltung der KSČ an das Sekretariat der KSČ über Strafverfolgungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft vom 19.5.1950. In: Pšeničková, Jana: *Zemědělské družstevnictví. Kolektivizace zemědělství – Vznik JZD 1950. Edice dokumentů z fondů Státního ústředního archivu v Praze* [Landwirtschaftliche Genossenschaften. Kollektivierung der Landwirtschaft – Entstehung der JZD 1950. Edition von Dokumenten aus den Fonds des Staatlichen Zentralarchivs in Prag]. Praha 1998, Dokument Nr. 26, 92-96, hier 93.

⁷¹ Ther, Philipp: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956. Göttingen 1998, 201 f. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 127).

⁷² Bericht des Landwirtschaftsministeriums für das Sekretariat des ZK der KSČ über den Aufbau und die Entwicklung der Einheitlichen Landwirtschaftsgenossenschaften vom 10.3.1950. In: Pšeničková: *Zemědělské družstevnictví*, Dokument Nr. 9, 39-43, hier 40 (vgl. Anm. 70). – Slezák, Lubomír: *Vratká stabilita poválečného zemědělství* [Labile Stabilität in der Landwirtschaft der Nachkriegszeit]. In: *Zemědělství na rozcestí 1945-1948. Sborník příspěvků z mezinárodní konference konané ve dnech 22.-23.9.1998* [Landwirtschaft am

Landwirte in den Grenzgebieten frühzeitig den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Jednotné zemědělské družstvo, JZD) beitraten, die seit 1949 gegründet worden waren, da ihnen dadurch die Schulden erlassen wurden. Der Aufbau der Einheitsgenossenschaften begann in den Grenzgebieten zwar gleichzeitig zum Binnenland, verlief hier aber insgesamt schneller. Bereits 1953 galt er formal als abgeschlossen.⁷³ Die Kollektivierung aber bewirkte in den Grenzgebieten keine Stabilisierung der landwirtschaftlichen Strukturen. Zahlreiche Bauern, die den JZD beigetreten waren, verließen diese Mitte der 1950er Jahre wieder und wechselten auf industrielle Arbeitsplätze, da dort bessere Lohnbedingungen herrschten.⁷⁴ Die Abwanderung vom Land in die Industriezentren war zwar ein Trend, der sich im gesamten Staat bemerkbar machte, doch war sie in den Agrargebieten der Grenzbezirke intensiver als im Binnenland.⁷⁵ Zudem reagierten die nur dünn wieder besiedelten Agrargebiete West- und Südböhmens auf jede Form von Abwanderung weit aus sensibler als das Binnenland.

Auch die seit dem ersten Fünfjahresplan (1949-1953) forcierte Konzentration auf den Ausbau der Schwerindustrie (also besonders auf Nordwestböhmen, Mittelböhmen und Ostmähren) führte dazu, dass die Abwanderungsraten aus landwirtschaftlich weniger attraktiven Gebieten und Bezirken, die von der Leichtindustrie geprägt waren, Anfang der 1950er Jahre sehr hoch waren, während Städte in Industriegebieten Zuwächse verzeichneten. Der Aufbau der Grenzgebiete bzw. die Integration dieser Gebiete in den Gesamtstaat erfolgte demnach nicht überall gleichmäßig. Maßnahmen für die strukturschwachen Gebiete West- und Südböhmens wurden im Zuge der Besiedlungspolitik nicht ergriffen. Erst ab 1953 sollte sich eine Regierungskommission den bis dahin vernachlässigten Gebieten annehmen.⁷⁶

Beim Ausbau der Infrastruktur, wie z.B. dem Wohnungsbau, Straßenbau und ähnlichem zeigte sich die Konzentration der staatlichen Strukturpolitik auf bestimmte Regionen, wobei die Besiedlungspolitik spätestens seit dem ersten Fünfjahresplan hinter die staatliche Wirtschaftspolitik zurücktreten musste. Die bereits erwähnte forcierte Industrialisierung führte dazu, dass Investitionen in die bevorzugten Gebiete wie z.B. nach Nordwestböhmen flossen, was sich dort in

Scheideweg 1945-1998. Sammelband mit Beiträgen der Internationalen Konferenz vom 22.-23. 9. 1998]. Herausgegeben vom Slováké Muzeum. Uherské Hradiště 1998, 94-102, hier 98 (Studie Slovákého Muzea 3).

⁷³ *Ebenda* 98. — *Průcha*, Václav: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik in den tschechischen Grenzgebieten. In: *Schultz*, Helga: Bevölkerungstransfer und Systemwandel. Ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg. Berlin 1999, 305-319, hier 314 (Frankfurter Studien zur Grenzregion 4).

⁷⁴ Die durchschnittlichen Einkommen der Genossenschaftsbauern lagen 1955 um etwa 30 % unter denen der Industriearbeiter. *Teichová*, Alice: Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1980. Wien, Köln, Graz 1988, 93.

⁷⁵ Vgl. *Průcha*: Wirtschaftsstruktur der Grenzgebiete 312 (vgl. Anm. 73).

⁷⁶ Siehe zu dieser Aktion die Materialien in NA, fond ÚPV – Vládní komise pro otázky osídlení pohraničí [Regierungskommission für die Besiedlungsfragen im Grenzgebiet, ÚPV-VKOP]. — Siehe zur Lage in den Grenzgebieten Anfang der fünfziger Jahre z.B. den geheimen Bericht des Innenministeriums vom 29. 4. 1952, NA, fond Ministerstvo pracovních sil [Ministerium für Arbeitskräfte, MPS], k. 123, sign. 01 410-582.

einem verstärkten Wohnungsbau niederschlug. In den west- und südböhmischen Bezirken machten sich diese fehlenden Investitionen bei der Wohnungsanierung und dem Wohnungsneubau bald bemerkbar.⁷⁷

Zwischen 1947 und 1950 verließen knapp 100 000 Menschen die Grenzgebiete wieder. Ein Bevölkerungszuwachs war nur durch die im Vergleich zum Binnenland höhere Geburtenrate möglich.⁷⁸ Zwischen 1950 und 1952 wanderten nochmals rund 30 000 Menschen ab. Ab 1950 kann mit Blick auf die Migrationen von einer eingeschränkten Konsolidierung gesprochen werden, auch wenn die Abwanderung nach wie vor die Zuwanderung überstieg. Die Regierung betrachtete 1950 den Besiedlungsprozess als abgeschlossen und löste zentrale Behörden wie das Besiedlungsamt auf.

Die Intensität der Nachkriegsmigrationen in der gesamten Republik verdeutlichen die folgenden Angaben: Zwischen 1945 und 1947 waren über 10 Prozent der Bevölkerung in der Tschechoslowakei in die Migrationsprozesse involviert, 1948 lag der Wert bei geschätzten 6,7 Prozent, 1949 bei 5 Prozent und 1950 bei 4,6 Prozent (im slowakischen Landesteil bei 2,2 Prozent).⁷⁹ Wie erwähnt, war diese Bewegung in einigen Grenzbezirken noch bis zur Mitte der 1950er Jahre spürbar, als die Abwanderung aus den Grenzgebieten insgesamt bereits deutlich abgenommen hatte. Im westböhmischen Bezirk Karlovy Vary wechselte z. B. zwischen 1950 und 1955 etwa ein Drittel der Bevölkerung seinen Aufenthaltsort.⁸⁰

Fazit

Eine Stabilisierung der im Zuge von Aussiedlung und Ansiedlung neu entstandenen Strukturen vollzog sich in den Grenzgebieten je nach Region unterschiedlich. Insbesondere in den ländlichen Gebieten West- und Südböhmens war diese zu Beginn der 1950er Jahre durch Abwanderungen in Städte und Industriegebiete bedroht. Die größeren Städte waren weitaus weniger von den Folgen der Vertreibung und der Fluktuation der Nachkriegsjahre betroffen. Die auf den Ausbau der Schwerindustrie ausgerichtete Strukturpolitik verstärkte in den Grenzgebieten die ungleiche Entwicklung der Regionen.

Auch in der Frage der Schließungen und Verlegungen von Industrie- und Gewerbebetrieben zeigte sich, dass in der Besiedlungspolitik gesamtstaatliche Interessen teilweise in Widerspruch zu regionalen bzw. lokalen Interessen gerieten. Das Ziel einer Integration der verschiedenen Siedlergruppen in den Grenzgebieten wurde nicht gleichermaßen in Bezug auf alle dort lebenden Menschen verfolgt. Dies

⁷⁷ Vgl. *Průcha*: Wirtschaftsstruktur 314 (vgl. Anm. 73). — Vgl. zur Problematik des Wohnungswesens in den fünfziger Jahren *Sláma, Jiří*: Sozio-ökonomische Umgestaltung der Nachkriegs-Tschechoslowakei. München 1977, 32 ff. (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München 46).

⁷⁸ *Radvanovský*: Integrationsprobleme 161 (vgl. Anm. 19).

⁷⁹ Vgl. *Blažek, Miroslav*: Wirtschaftsgeographie der Tschechoslowakei [Hospodářská geografie Československa]. Marburg 1959, 23 (Wissenschaftliche Übersetzungen, Johann Gottfried Herder-Institut 37).

⁸⁰ Vgl. *Průcha*: Wirtschaftsstruktur 317 (vgl. Anm. 73).

verdeutlichten die Überlegungen zur Umsiedlung bestimmter Siedlergruppen und deren partielle – wie im Falle der süd-mährischen Kroaten – Realisierung.

Wie lange die beschriebenen Konflikte zwischen den verschiedenen Siedlergruppen anhielten und das Alltagsleben insgesamt prägten, lässt sich nur schwer feststellen. Auseinandersetzungen um den zu verteilenden Besitz waren in erster Linie ein Phänomen der ersten Nachkriegsjahre. Von den nach 1948 einsetzenden weiteren Enteignungen und Verstaatlichungen waren dagegen alle Siedlergruppen betroffen.